

Kantonsrat

Parlamentsdienste

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 79
Telefax 032 627 22 69
pd@sk.so.ch
www.parlament.so.ch

I 013/2014 (FD)

Interpellation Georg Nussbaumer (CVP, Hauenstein): Schutz von Personen, welche im Auftrag des Gesetzgebers Kontrollfunktionen ausführen (29.01.2014)

Ausgangslage: Viele Personen im Kanton nehmen in ihrer Freizeit oder im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit Aufgaben im Bereich der Umsetzung und Durchsetzung von Gesetzen hoheitliche Funktionen wahr. So gibt es Jagdaufseher, Fischereiaufseher, Landwirtschaftliche Erhebungsverantwortliche, Förster usw., die die Umsetzung von Gesetzen ermöglichen und auch überwachen. Sie tun dies in der Regel sehr gut und auch effizient, ganz im Sinne einer schlanken Verwaltung. Leider gibt es aber auch immer Fälle, bei denen die Personen, welche diese Funktionen ausüben, ungerechtfertigten verbalen und leider auch tätlichen Angriffen ausgesetzt sind. Konkret ist es vorgekommen, dass eine Person bei der Durchführung einer solchen hoheitlichen Aufgabe durch den betroffenen Grundeigentümer tätlich angegriffen wurde und sowohl Verletzungen wie auch materielle Verluste erlitten hat. Die danach durch den Geschädigten initiierte Gerichtsverhandlung endete mit einem Freispruch für den Angeklagten, da mangels Zeugen Aussage gegen Aussage stand. Dabei schien es absolut unerheblich, dass die betroffene Person sogar noch eine Beamtung hat und entsprechend vereidigt war. Die betroffene Person bzw. ihr Arbeitgeber stehen heute vor der Situation, dass sie einerseits hohe Kosten zu tragen haben und andererseits absolut keine Motivation mehr besteht, solche Aufgaben wahrzunehmen.

In diesem Zusammenhang stellen sich folgende Fragen:

1. Stellt der Kanton Personen, welche in Ausübung einer hoheitlichen Funktion in Schwierigkeiten geraten, juristische Hilfe zur Verfügung?
2. Unbestritten ist, dass die Delegation von hoheitlichen Aufgaben im Interesse des Kantons liegt. Allerdings haben die Personen, die diese ausführen in der Regel keine polizeilichen Befugnisse. Auch sind sie heute meist nicht mehr beamtet. Sieht der Regierungsrat Möglichkeiten, diesen Personen bei der Ausübung ihrer Tätigkeiten Unterstützung und auch einen gewissen Schutz zukommen zu lassen?

Begründung (29.01.2014): Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Georg Nussbaumer, 2. Thomas Studer, 3. Sandra Kolly, Susanne Koch Hauser, Markus Dietschi, Markus Flury, René Steiner, Urs Ackermann, Kurt Henzmann, Bruno Vögtli, Edgar Kupper, Rudolf Hafner, Markus Knellwolf, Beatrice Schaffner, Nicole Hirt, Alois Christ, Karin Kissling, Daniel Mackuth (18)